

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 28 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 12. Juli 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Zur Lederbewirtschaftung für die Portefeuilleindustrie. — Ist ein Verbandstag notwendig? — Zur Verschmelzungsfrage. — Bericht der 46. Sitzung der Berliner Schlächters-Kommission für das Meeresausrüstungsgewerbe. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Befanntmachung. — Sterbetafel. — Anzeigen. — Adressenverzeichnis.

Für die Woche vom 14. Juli bis 20. Juli 1918 ist der 29. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Zur Lederbewirtschaftung für die Portefeuilleindustrie.

Die Lederbewirtschaftung der Privatindustrie während des Krieges ist eine der heikelsten Fragen, hängt doch davon ab, ob das Portefeuillegewerbe weiter bestehen kann oder gänzlich eingestellt werden muß. Von der Auffassung ausgehend, daß die Lederwarenindustrie Deutschlands zur Zeit immer noch einigen tausend Arbeitnehmern, darunter einem großen Teile Kriegerfrauen, der Erwerb ermöglicht und in weiterer Erwägung, daß der Außenhandel mit seinen Lederwaren die deutsche Handelsbilanz günstig beeinflusst und nach dem Kriege wieder die erste Stelle auf dem Weltmarkt einnehmen muß, hat die Verbandsleitung an maßgebender Stelle ihren Einfluß mit sichtlichem Erfolge geltend gemacht und sind den Herstellern ansehnliche Mengen Leder freigegeben worden. Diese sind nach einem besonders vereinbarten Schlüssel verhältnismäßig verteilt worden. Anfänglich damit zufrieden und einverstanden, macht sich jetzt unter den Offenbacher Lederherstellern und Lederwarenfabrikanten eine Bewegung geltend, wonach das Leder dem freien Handel überlassen werden soll. Diesem Vorschlag stimmen die Berliner Fabrikanten und Lederhändler nicht bei und auch wir, das heißt die Arbeitnehmer, erheben ganz energig Protest, daß durch Ueberlassung des Leders im freien Handel wenigen kapitalkräftigeren Unternehmern ein Monopol gesichert wird. Diesem Gedankengang haben wir bereits in Nr. 26 vom 28. Juni Ausdruck gegeben. Von allen uns bis jetzt zu Gesicht gekommenen Presseäußerungen nimmt nur die in Berlin erscheinende Fachzeitschrift „Gütle, Leder“ Stellung für den freien Handel und meint, daß es dem freien Handel möglich ist, die großen Lagerbestände Neutralisiens hereinzubekommen und so die Lederwarenindustrie in die Lage kommt, nicht nur den augenblicklichen Bedarf zu decken, sondern schon jetzt Vorräte arbeiten zu lassen, daß, sobald Frieden ist, dem Auslande gute Qualitätsware zum Kauf angeboten werden kann.

Wir sind nicht orientiert, ob und wieviel Leder im Auslande lagert und ob bei Lederindustriellen und Lederwarenfabrikanten Neigung vorhanden ist, die vermeintlich vorhandenen Bestände aufzukaufen. Gesetzt den Fall, es sei so, was würde die Folge sein? Erstens würde die Heeresverwaltung die Hand darauf legen und feststellen, was sie für ihre Zwecke davon gebrauchen kann. Dann käme die Lederkontrollstelle und nimmt sich den Teil, der sich für die Fußbekleidung der Privatbevölkerung, Beschirmung und für technische Zwecke eignet, dem freigegebenen Rest bekämen dann Lederwarenfabrikanten mit gutem Verbindungen und großem Kapital. Es würde sich ein privatkapitalistisches Monopol entwickeln, das wir

vom Standpunkt der Arbeiter und Verbraucher nicht gutheißen können.

Es dürfte auch unsere Leser außerordentlich interessieren, die Gründe kennen zu lernen, warum die Berliner Lederwarenfabrikanten unter allen Umständen die jetzige Art der Ledervertelung beibehalten wissen möchten. In einer am 1. Juli an das Reichswirtschaftsamt gerichteten Eingabe wird die Kontingentierung des Leders unter entsprechender, möglichst allseitiger Mitwirkung der beteiligten Kreise und bei möglichst starker Selbstverwaltung, jedoch unter behördlicher Aufsicht und mit dem Ziel möglichst baldiger Ueberleitung in den freien Wettbewerb bis auf weiteres wie folgt begründet:

„Solange der Krieg währt, wird für die Feinlederwarenindustrie verfügbares Leder unzweifelhaft sehr knapp sein, vielleicht wird kaum ein Viertel des Bedarfs gedeckt sein. Einige, vielleicht längere Zeit nach Beendigung des Krieges, wird Leder keinesfalls in größerem Umfange zur Verfügung stehen. Es müßten schon in Friedenszeiten zur Deckung des deutschen Lederbedarfs in großem Umfange Gütle und Leder importiert werden. Das deutsche Gejälle wird wegen des stark verminderten Viehbestandes auf längere Zeit sehr wesentlich kleiner sein als vor dem Kriege. Um den Bedarf nach Kriegsende nur einigermaßen zu decken, würde ein umfangreicher Import geeigneter Leder notwendig sein. Aus einer ganzen Reihe von bekantem Gründen ist ein ausreichender Import solcher Leder in der ersten Zeit nach dem Kriege ausgeschlossen. Die verfügbaren Landesvorräte werden kaum nennenswert wachsen, weil zunächst der Beschuhungsbedarf der Bevölkerung alles nur irgend für diesen Zweck taugliche Leder aufzusehen wird und nur das für die Beschuhung ganz ungeeignete wird für die Industrien der Portefeuille, Buchbinder, Täschner, Stuzmacher, Handschuhmacher, Optiker und für technische Zwecke übrig bleiben. Auch der Beschuhungsbedarf für die Landwirtschaft und für sonstige Zwecke wird der Taschen- und Reiseartikelindustrie unzweifelhaft vorgehen. Es fehlt zwar ein sicherer Ueberblick über die dann zur Verfügung stehenden Ledermengen; jezt steht aber, daß das Lederangebot auf lange hinaus sehr knapp sein wird. In solcher Situation des Ledermarktes schlägt der Verband Deutscher Lederwarenindustrieller (Sitz Offenbach, D. N.) und andere Kreise vor, von jezt ab alles für die Feinlederindustrien verfügbare Leder dem Gewerbe zur freien Verfügung zu überlassen und den freien Wettbewerb einzuführen. Daß der Verband der Feinlederindustrien, dessen Vorsitzender zugleich Vorsitzender des Verbandes Deutscher Lederwarenindustrieller ist, hiermit einverstanden ist, läßt sich begreifen. Es läßt sich aber nicht annehmen, daß die sämtlichen Lederwarenfabrikanten hiermit einverstanden sein werden. Denn die Folgen liegen auf der Hand. Bei einem äußerst beschränkten Angebot von Feinleder muß der freie Wettbewerb zunächst zu sehr hohen Preisen führen und es liegt die Folge zwingend nahe, daß die wenigen Spezialgerbereien für Feinleder und die wenig zahlreichen, besonders kapitalkräftigen Lederwarenfabrikanten zur Ringbildung angereizt werden.“

An anderer Stelle wird dann weiter gesagt, daß die deutschen Lederwarenfabrikanten der zu fürchtenden Verkrüftung ihrer Erzeugung und ihres Absatzes

aus Selbstinteresse nicht zustimmen können, auch aus nationalwirtschaftlichen Gründen kann solche Entwicklung nicht gut geheißt werden. Der deutsche Verband wünscht eine möglichst baldige Befreiung von der Kriegszwangswirtschaft und baldigste Betätigung des freien Wettbewerbs. Welch vernünftiger Mensch verkennt die Segnungen des freien Wettbewerbs? Die deutsche Lederwarenindustrie außerhalb des Offenbacher Bezirks, deren ständig wachsende Bedeutung der Offenbacher Industrie nicht angenehm ist, möchte auch sobald als irgend möglich von staatlicher Zwangswirtschaft befreit sein. Auch sie ist wärmste Anhängerin freien Wettbewerbs, der uns alle größer und mächtiger gemacht hat und weiter machen soll. Der freie Wettbewerb wird aber zum Unsinn und besser zur Anarchie bei dem so ungemein beschränkten Lederangebot unter den gegebenen Verhältnissen jezt und nach Friedensschluß.

Dann weiter: Eine Ringbildung in der Lederwarenindustrie als Folge jezt unvermittelt einsetzender Gewerbefreiheit wäre schlimmer als der ärgste Zunftzwang. Wenn wenige Feinlederfabriken und wenige große Lederwarenfabrikanten sich zusammenfinden können, so wären sie von ihrem Standpunkt aus Loren, wenn sie nicht die Selbstständigkeit der kleineren Konkurrenz ausschalteten. Das Interesse der Allgemeinheit und die Aufrechterhaltung der Exportbedeutung unsere Industrie verlangen aber bis auf weiteres eine wohlverstandene „Ordnung“ der Lederbewirtschaftung unter möglichst starker Selbstverwaltung. Das ist keine Zwangswirtschaft, das ist wirkliche Gewerbefreiheit für die Gesamtindustrie. Diese „Zwangswirtschaft“ soll schnellstens, sobald es nach dem Urteil der Industrie der Ledermarkt erlaubt, durch volle Gewerbefreiheit abgelöst werden. Unter den Zwangsverhältnissen des Krieges und unter den Zwangsverhältnissen der Uebergangswirtschaft hat der Staat die Pflicht, nicht das Interesse weniger, sondern das Interesse aller Beteiligten und des deutschen Exportes im Auge zu behalten. Die wirtschaftlich Schwächeren und Schwachen dürfen nicht ausgeschaltet und vernichtet werden.

Wie steht es mit unserer Industrie? Die gesamte deutsche Lederwarenindustrie hat im Frieden für 152 Millionen Mark Erzeugnisse exportiert. Sie wird nach Friedensschluß eine sehr verstärkte Konkurrenz auf dem Weltmarkt vorfinden. Sie hat schon in den letzten Friedensjahren, dank der wachsenden Schutzolltendenzen der anderen Länder, einen immer schwereren Stand gegenüber fremdländischen Erzeugnissen gehabt. Während des Krieges ist starke neue Konkurrenz dazu gekommen. Die Weltmarktsituation der deutschen Lederwarenindustrie beruht nur zu einem Teil auf den Massenartikeln, in höherem Maße beruht sie auf der Qualitätsproduktion, die sie vermöge ihres alten tüchtigen Arbeiterstammes und ihrer alten kaufmännischen Erfahrungen über Geschmack und Bedarf am Weltmarkt erreichen konnte. Das Massenerzeugnis, den „Schund“, wird die neu entstandenen ausländische Konkurrenz bald gut nachahmen können. Nun gedeiht die Qualitätsarbeit gerade im spezialisierten mittleren und kleineren Betrieb, jedenfalls nicht in den großen Betrieben, soweit sie nicht etwa mit Zwischenmeistern und Heimarbeitern sich betätigen. Sollen alle größeren, mittleren und kleineren Betriebe zu abhängigen Zwischenmeistern der großen Fabrikanten und Exporteure werden? Das wären verheißte Wege. Wir wünschen einen freien Wettbewerb, der dem Kleineren

und Mittleren den Aufstieg ermöglicht, aber keine Gewerbfreiheit der Stärkeren, die Mittleren und Kleineren zu vernichten, keinen spekulativen Krust, der letzten Endes dem Lande nur schadet.

Will unser Portefeuiliersektor seine alte Höhe behaupten und noch steigern, so muß er qualitativ hohe Leistungen anstreben. Darum beruht unsere künftige Weltmarktstellung auf der Erhaltung der mittleren und kleineren Fabrikanten und auf der größtmöglichen Steigerung eines tüchtigen Portefeuilierwachstums, welches nicht in den Großbetrieben herangezogen werden kann, sondern in den mittleren und kleineren. Wir sind überzeugt, daß der Verband Deutscher Lederwarenindustrieller nicht die Meinung des größeren Teiles der Industrie mit seiner Forderung vertreten kann. Denn im Jahre 1913 gab es selbst unter den Offenbacher Fabriken nur 9 Firmen mit mehr als 100 Werkstattarbeitern, 21 mit mehr als 50 Werkstattarbeitern, dagegen 141 Betriebe mit 10 bis 50 Werkstattarbeitern, ganz zu schweigen von den zahlreichen kleinen, meist Zwischenmeistern, mit weniger als 10 Hilfskräften.

Zum Schlusse werden in der Eingabe der Kontrollstelle noch einige Vorschläge über die Art der Verteilung gemacht und die Einführung einer Lederkarte empfohlen. Ist der Gesamtledermarkt nach Ansicht dieser ausgebauten Kontrollstelle und der Staatsbehörde ausreichend bedeckt (vielleicht mit 50 bis 70 Proz. des Bedarfs, die Lederinteressenteile insgesamt mögen entscheiden, wann sie den völlig freien Wettbewerb ertragen können), so ist der Zeitpunkt gekommen, die zwangsläufige Lederbewirtschaftung aufzugeben.

Wir können nur wünschen, wenn das Reichswirtschaftsamt die von der Berliner Lederwarenfabrikantenvereinigung geäußerten Wünsche, die auch von dem größten Teil der Offenbacher Fabrikanten unterstrichen werden, einlöst. Den Arbeitnehmern kann nichts daran gelegen sein, wenn einem oder zwei Duzend kapitalträchtigen Unternehmern durch den freien Handel während der Kriegs- und Uebergangswirtschaft ein dauerndes Privileg geschaffen wird. Diese wenigen Unternehmer würden dann auch ihre Machtstellung den Arbeitern gegenüber geltend machen und Arbeitsmethoden begünstigen, deren Vereinfachung wir schon seit Jahrzehnten erstreben.

Der Widerstreit der Berliner und Offenbacher Fabrikanten, der auch bei der Lederbewirtschaftung zum Ausdruck kommt, entbehrt auch seiner ökonomischen Gründe nicht, worauf wir gelegentlich noch einmal zu sprechen kommen. Aber an eine Zusage möchten wir den Vorstehenden des Verbandes Deutscher Portefeuilierindustrieller erinnern. Mündlich und schriftlich wurde unserer Verbandseitung zugesichert, bei allen die Gesamtindustrie betreffenden Fragen eine Verständigung mit uns anzubahnen. Mit Ausnahme eines Falles, wo es galt, überhaupt Leder für die Portefeuilierindustrie frei zu bekommen, da wurden wir vom Unternehmerverband um Mithilfe angegangen, die wir auch aus Interesse für die Industrie und für die Arbeiterschaft gern leisteten. Aber im übrigen hat man die beruflichen Arbeitervertretungen nicht befragt. Eine der Folgen ist nun, daß das Reichswirtschaftsamt vor eine Frage gestellt ist, deren Entscheidung auch tief einschneidend in die Verhältnisse der Arbeiter ist. Darum erheben wir von dieser Stelle die Forderung, daß das Reichswirtschaftsamt auch einen Vertreter der Arbeitnehmer aus der Lederwarenindustrie und dem Sattlergewerbe zu seinen Beratungen mit beschließender Stimme hinzuzieht.

Ist ein Verbandstag notwendig?

Da schon von verschiedenen Kollegen in der Heimat das „Für“ und „Wider“ zur Abhaltung eines Verbandstages in der Kriegszeit diskutiert wurde, möchte ich aus dem Felde auch ein paar Zeilen hierzu schreiben. Wenn wir auch hier draußen keine tätigen Mitglieder sein können, so interessiert uns die Sache doch. Es wurde u. a. angeführt, es steht ein Teil der Kollegen im Felde; es wäre nicht gut, sie zu übergehen. Ich bin nun der Meinung, wenn die Kollegen dabei es für nötig halten, ruhig einen Verbandstag, auch ohne uns, abzuhalten. Denn es kann doch nicht zum Schaden sein, gerade in die durch den Krieg verworrenen Verhältnisse durch Aussprache Klärung und neue Richtlinien für die Zukunft zu schaffen. Gewiß kann man so lange wie dies Ringen noch andauert, nicht zu weit im Voraus sehen. Aber eins steht fest: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird nach dem Kriege wieder einsehen und ich bin überzeugt schärfer als zuvor. Da ist es ganz gut, sich beizeiten zu rüsten. Die Regelung der Beitragsfrage, wie schon der Kollege Schäfer anführte, ist nach meiner Meinung auch ein Hauptgrund für die baldige Abhaltung eines Verbandstages. Auch wäre die Erhebung von Staffelleistungen nicht zum

Schaden, damit noch mehr wie bisher alle Berufsangehörigen zu uns herangezogen werden.

Es gibt doch jedenfalls auch noch viele andere Fragen, die einer Lösung bedürfen. Da man aber von hier keine genaue Uebersicht über die Verhältnisse in unserem Beruf hat, habe ich in meinen Ausführungen auch nur auf die Stärkung unserer Klasse hingewiesen als Notwendigkeit für die Zukunft. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo auch wir wieder gemeinsam mit euch für ein menschenwürdiges Dasein kämpfen können. Karl Lawrenz, Schübe.

Zur Verschmelzungsfrage

bringt das „Korrespondenzblatt“ des Verbandes der Tapezierer unter der Ueberschrift: „Schließt die Reihen“ einen Artikel des Kollegen Albert Bach-Breslau, der folgenden Wortlaut hat:

Der Weltkrieg ist ein gewaltiger Revolutionär. Schönungslos stürzt er Staats- und Wirtschaftsformen und läßt andere Gebilde an diese Stelle treten. Verbredlicher Egoismus und perverter Machtgier sind noch immer die treibende Kraft in diesem Menschenschlachten.

An all den Fragen um Neugestaltung der Wirtschaft nimmt die organisierte Arbeiterschaft regen Anteil. Die speziellen Berufsinteressen zu pflegen und sie den kommenden Verhältnissen anzupassen, ist Sorge der einzelnen Verbände. Fragen von großer Bedeutung tauchen auf, Probleme werden erörtert, Beschlüsse von großer Wirkung für die kommende Zeit gefaßt.

Eben ist die Urabstimmung der Mitglieder über die finanztechnische Seite in unserer Organisation abgeschlossen und eine Reformierung eingetreten, da tritt schon wieder eine gleich wichtige Frage des Zusammenschlusses mit unserer Bruderorganisation an uns heran. Der Gedanke ist nicht neu, doch das Interesse für diese Frage nach dem Kriege ist eine bedeutsam andere geworden.

Der Standpunkt unserer Hauptverwaltung zur Verschmelzungsfrage ist sehr zu begrüßen. Der Hinweis der „Sattler- und Portefeuilier-Zeitung“ auf den Gegenseitigkeitsvertrag vom 15. Oktober 1913 ist sehr berechtigt und ist heute tatsächlich der größte Teil unserer Kollegen in den für die Sattlerorganisation zuständigen Betrieben tätig. Also die Vorbedingungen und Voraussetzungen einer Verschmelzung beider Verbände, gegeben durch die aus der wirtschaftlichen Entwicklung hervorgegangene Interessenberührung, sind hier gegeben.

Daß unsere beruflichen Verhältnisse täglich schlechter werden, weiß jeder Kollege und Gewerbezugehörige. Die Rohstoffknappheit greift in immer größerem Maße um sich und läßt immer mehr Kollegen aus dem Berufe ausscheiden.

Es wäre eine große Täuschung, zu meinen, daß die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse zu Ende des Krieges verschwinden. Von heute bis dahin werden vielmehr noch weitere vorzuziehende Maßnahmen Platz greifen, die nicht sogleich wieder abgeschafft werden. Die Möbelindustrie wird sich auf ganz andere Produktionsverhältnisse einrichten müssen, d. h. soweit unsere Polsterarbeiten zunächst in Betracht kommen.

Wie liegen die Verhältnisse? Wir leben zunächst in den Möbelgeschäften heut noch Polsterarbeiten, die zweifellos Friedensware sind und ungeheuer im Preise stehen. Diese Sachen werden zunächst einmal für Kriegsgewinnler zu haben sein, sind also für den breiten Konsum ausgeschaltet. Dann sehen wir Kriegsware aus Papier und Holz, abgesehen vom Geistle. Ist damit dem breiten Konsum gedient? — Der Wohnungsbau nach dem Kriege wird sich trotz aller Schönmalerie in gegebenen Grenzen halten, und die Möblierung mit Polsterarbeiten wird hintenangestellt. Schönmalerie wird an Stelle der immer knapper und teurer werdenden Tapete gesetzt. Einzelum bleibt ganz aus. Um an allem beim Polster zu sparen, wird man — wenigstens um den vielen Kriegsgeltrauten ein Heim zu bieten — dem Stil der Bank- und Truhenform nachkommen.

Ob noch der Zusammenhang mit den Holzarbeitern weiter gewahrt bleibt, hängt von dem Gange der weiteren Entwicklung ab. Daß unser heimisches Gewerbe durch Einfuhr aus dem Auslande ernstlich bedroht werden könne, halte ich für ausgeschlossen. Die Knappheit des rollenden Materials sowie die große Verteuerung der Speisen lassen das Geschäft für den Unternehmer unrentabel erscheinen.

Andera liegen die Dinge bei den Sattlern. Hier wird der Staat für seinen Kiesenbedarf noch lange Zeit der Arbeitgeber bleiben. In eine Ueberstimmung in unserem Sinne ist wohl vorläufig nicht zu denken. Der Staat wird zunächst seine Bedürfnisse voll und ganz befriedigen. Die Arbeitslosigkeit wird für unsere im anderen Lager beschäftigten Kollegen besser sein als bei uns. Die Berührungspunkte werden sich weiter festigen. Daß die Schlagkraft — beide Verbände zusammengeschoßen — sich bedeutend erhöht, die Front straffer wird, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Dabei denke ich an eine vorteil-

hafte Verteilung der Angestellten nach bestimmten Wirtschaftskategorien. Eine Frage, die uns schon 1912 auf dem Verbandstage in Köln beschäftigte und die wir aus eigener Kraft nicht durchführen konnten.

Die neuen Formen des Wiederaufbaus der gesamten Wirtschaft drängen geradezu zum Zusammenschluß zu Industrieverbänden hin. Wissen wir doch alle, daß die Arbeitgeber alles daran setzen werden, die jetzigen Lohnverhältnisse zurückzudrängen. Wollen wir nicht weiter verelenden, so muß dem der Kampf entgegengeföhrt werden. Können wir das in dem notwendigen Maße später noch allein?

Sehr viel spricht also für die Verschmelzung, und es wäre dringend zu wünschen, sich beizeiten und auch recht eingehend damit zu beschäftigen.

Lassen wir uns nicht von der Zeit überraschen. Schon bei der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft müssen wir bereit marschieren und schlagen. Wer die Zeitläufte versteht, kann nicht anders denken.

Zu der auch bereits von uns gebrachten Meinungsäußerung der „Lederarbeiter-Zeitung“ schreibt das „Korrespondenzblatt“:

„Soweit die „Lederarbeiter-Zeitung“ zur Verschmelzungsfrage, woraus hervorgeht, daß dieses Organ im allgemeinen für die Bildung von Industrieverbänden ist. Für eine Anzahl kleiner Berufsbranchen in der Metallindustrie, Holzindustrie, Textil- und Tabakindustrie beispielsweise, mag es durchaus richtig sein, daß ihre Leistungsfähigkeit im Rahmen eines Industrieverbandes eine erhöhte ist. Dieses Faktum wäre aber jedenfalls recht eingehend zu prüfen, wo die Verschmelzungsfrage ernstlich aufgeworfen wird. Die verwandten Berufe sind dann zu einer Verschmelzung reif, wenn ihre wirtschaftlichen Berührungslinien bereits anfangen, ineinanderzulaufen. Wenn die Leistungsfähigkeit des einzelnen Berufes nicht mehr hinreichend ist, die Interessen seiner Mitglieder nach allen Seiten hin wahrzunehmen und zu schützen. Wenn Arbeitsverhältnisse und Lohnfragen nur in gemeinsamer Arbeit mit den verwandten Berufen gelöst werden können. In solchen verwandten Berufen wird Vertrags- und Unterstützungseinrichtung, den Lohnverhältnissen entsprechend, nicht so große Unterschiede aufweisen, daß dieses ein unüberwindliches Hindernis bilden kann, denn sonst würde ja auch die ganze soziale Lage dieser Arbeiterkategorien entsprechend große Unterschiede aufweisen.“

Für uns handelt es sich immer darum, ist unser Verband nach wie vor als selbständige Berufsorganisation imstande, die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder den Zeitverhältnissen entsprechend hochzuhalten und auszubauen? Zweifellos hat der selbständige Verband, solange er eben lebensfähig ist, eine größere Beweglichkeit und Aktionsmöglichkeiten. Er hat sich nicht nach den anderen Unternehmungen zu richten, die im Rahmen des größeren Industrieverbandes gerade vorliegen. Er kann als selbständiger Faktor sofort handeln, ohne Rücksicht auf diese nehmen zu brauchen, was unter Umständen für den Erfolg ausschlaggebend sein wird. Andererseits kann freilich auch durch rechtzeitiges Eingreifen eines verwandten Berufes ein solcher Erfolg vielleicht rascher erzielt werden. Das sind Fragen, die nach Zeit und Umständen gelöst werden müssen, Fragen der Taktik, die jeweils eingeschlagen werden müssen, will man Erfolge erzielen. Es lassen sich also eine ganze Menge Beweise und Gegenbeweise zur Verschmelzungsfrage anführen. So führen z. B. eifrige Befürworter einer Verschmelzung die dadurch zu erzielende Verbilligung der Verwaltungskosten oder Ausgaben für Druckfachen, Zeitung und Angestellte an. Gewiß kann auf diese Weise manches erparat und bewilligt werden. Die modernen Organisationen mit ihren vielseitigen Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen werden mit festangestellten Funktionären weitaus besser arbeiten, als wenn diese ganze Verwaltungstätigkeit von in Arbeit stehenden Mitgliedern nebenamtlich geleistet werden muß. In vielen Orten könnte ein Industrieverband solche Funktionäre anstellen, wo der Berufsverband nicht daran denken darf. Ebenso liegt es mit der Anstellung von Gauleitern, auch da kann viel mehr geleistet werden. In kleinen Orten könnte auf diese Weise der Organisation viel mehr Boden gewonnen werden. Das ist alles ganz schön und gut; diese Beweisführung ist schon so oft wiederholt worden, daß eigentlich kein Zweifel aufkommen kann, daß dem wirklich so ist. Demgegenüber stehen indes einige gewichtige Tatsachen: einmal jene, daß selbst eine größere Ersparnis an Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben nicht ins Gewicht fallen darf, wenn dadurch eine bessere und raschere Aufwärtsbewegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert würde. Immer muß dieses Ziel maßgebend und ausschlaggebend sein. Zweit allerdings der Zeitpunkt ein, wo die kleine Berufsorganisation hier nicht mehr leistungsfähig ist, dann soll man sich rechtzeitig jenem größeren Verbände anschließen, wo man den notwendigen Rückhalt findet. Auf alle Fälle tut man aber gut, sich auf die eigene Kraft zu ver-

lassen und die Berufsorganisation so auszubauen, daß sie hier wie dort die Interessen der Mitglieder wirksam wahrnehmen kann.

Im allgemeinen dürfte jedoch eine Diskussion über die Verschmelzungsfrage doch nicht ganz zwecklos sein. Wenn auch im Augenblick an eine ernsthafte Diskussion der besten praktischen Lösung nicht gedacht werden kann, so schadet es gewiß auch nicht, wenn die Frage angechnitten und näher geprüft wird.

Bericht der 46. Sitzung der Berliner Schlichtungs-Kommission für das Heeresausüstungsgewerbe.

Die Sitzung am 26. Juni wurde von Herrn Wiedermann geleitet.

1. Die Firma Falkenfled, Schöneberg, hat der Arbeiterin B. für das Beleben der Manteljacke nur 50 Pf. einschließlich aller Zuschläge bezahlt, während laut Tarif 80 Pf. plus 10 Proz. Kriegszuschlag, plus 20 Proz. Teuerungszulage zu zahlen ist. Die Differenz beträgt für 64 gelieferte Manteljacke 35,59 Mk.

Herr Falkenfled ist nicht erschienen. Da in derselben Sache bereits am 30. Mai-Termin angefehrt war, dessen Wahrnehmung Herrn Falkenfled infolge Behinderung auch schon nicht möglich gewesen ist, erfolgt auf Antrag der Arbeitnehmer die Entscheidung der Schlichtungskommission dahin, daß Herr Falkenfled gehalten ist, der Arbeiterin B. die geforderte Differenzsumme nachzuzahlen.

2. Die Firma E. Klawowski, Danzig, beschäftigt in ihrem Betriebe den Sattlermeister Machholz, der auch seine beiden Lehrlinge, die bereits im 3. Lehrjahre stehen, zur Arbeitsleistung in den Betrieb mitgebracht hat. Für diese beiden Lehrlinge hat Herr Klawowski nur je 13 Pf. pro Arbeitsstunde an Teuerungszulage gezahlt. Vom Verband der Sattler und Portefeuller wird dagegen verlangt, daß die beiden Lehrlinge mit je 20 Pf. Teuerungszulage pro Stunde zu entlohnen sind und daß Herr Klawowski den Differenzbetrag ab 1. September 1917 nachzahlen habe.

Herr Klawowski ist nicht erschienen, hat aber in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß er die beiden Lehrlinge nicht als selbständige arbeitende Sattler anerkennen könne, und nur solche im Alter unter 17 Jahren hätten Anspruch auf 20 Pf. pro Stunde.

Die Verhandlung darüber ergibt, daß beide Lehrlinge in Stücklohn gearbeitet haben. Für Stücklohnarbeiter spielt aber die Qualifikation als gelernter Sattler gar keine Rolle, sondern im 13. Nachtrag des Reichstariifs vom 21. September 1917 heißt es ausdrücklich „Stücklohnarbeiter“ unter 17 Jahren erhalten 20 Pf. Teuerungszulage pro Stunde. Die weitere Bestimmung, daß Hilfsarbeiter unter 17 Jahren nur 13 Pf. Teuerungszulage pro Stunde erhalten, bezieht sich nur auf solche Hilfsarbeiter, die gegen festen Zeitlohn beschäftigt werden. Diese Bestimmung kommt demnach nicht in Frage. Auf Grund dieses Sachverhaltes entscheidet die Schlichtungskommission, daß Herr Klawowski verpflichtet ist, den beiden Lehrlingen 20 Pf. Teuerungszulage pro Stunde zu zahlen und den Differenzbetrag von 7 Pf. für jede seit dem 1. September 1917 geleistete Arbeitsstunde für jeden Lehrling nachzahlen hat.

3. Vom Zentraltarifamt war der Berufung des Sattler- und Portefeullerverbandes gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission vom 12. Februar in Sachen Lemke stattgegeben, und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Schlichtungskommission zurückverwiesen. Da das Zentraltarifamt gleichzeitig ausgesprochen hat, daß ein Vorbehaltrecht gegen bereits im Tarifvertrag festgelegte Ausüstungsstücke nicht geltend gemacht werden kann, die bei Herrn Lemke angefertigten Halfterriemen aber der in Pof. 8 des 14. Nachtrages aufgeführten Arbeit entsprechen, so besteht Einmütigkeit darüber, daß Herr Lemke den rückwirkend abgezogenen Betrag wieder herauszahlen hat.

Herr Lemke erkennt die Forderung dementsprechend an.

4. Ein gegen die Firma Staniena anhängig gemachter Streitfall verliert bei Vertagung, weil Herr Staniena es abgelehnt hat, bis zur Erlebung seiner Sache zu warten. Herr Staniena war zu um 8 Uhr geladen, während seine Angelegenheit erst 25 Minuten später verhandelt werden konnte. Die Schlichtungskommission bezieht dieses Verhalten des Herrn Staniena als rücksichtslos und spricht dem in der gleichen Sache anwesenden Arbeiter auf Kosten des Herrn Staniena für sein vergebliches Kommen eine Zeitentschädigung von 2 Stunden und 45 Minuten zu.

5. Von den Arbeitnehmern der Firma Kreuz wurde Beschwerde geführt, daß der Stückpreis für die Meterei der Sanitätsmaschinen für Unberittene und Krankenträger unzureichend sei. Die Schlichtungskommission fällt einmütig den Spruch, daß für die Meterei dieser Maschinen 25 Pf. pro Paar angemessen sei. Dazu Kriegszuschlag und Teuerungszulage laut

Tarif. Dieser Preis hat Geltung vom Tage der Entscheidung.

6. Die „Arbeitsgemeinschaft Berliner Tapezierer und Dekorateur“, Greifswalder Straße 209, hat Tornister angefertigt und zahlt den Arbeitskräften noch immer die Teuerungszulage in Form der vor dem 1. April üblichen Stundenzuschläge. Die Arbeiter verlangen statt dessen die ab 1. April tariflich vereinbarte prozentuale Berechnung.

Die zur Vertretung anwesenden Herren der Firma bezufen sich für ihr Verhalten darauf, daß sie die Tornister bereits seit Mai voriges Jahres übernommen haben. Da ihnen eine Nachzahlung für die höhere Entlohnung seitens der Behörde auch nicht zuteil wird, glauben sie sich zu ihrer Entlohnung berechtigt.

Von der Schlichtungskommission wird ausgesprochen, daß dieses nicht maßgebend ist, sondern daß der Anspruch der Arbeiter zu Recht erhoben wird. Die Herren erkennen darauf die Forderung der Arbeitnehmer und auch die Verpflichtung zur Nachzahlung ab 1. April 1918 an.

7. Von der Firma E. Poje wird der Schlichtungskommission das Kochgeschirrfutteral und die Gliederjagetafche aus Papierstoff zur Kalkulation vorgelegt. Der Preis wird wie folgt vereinbart: Kochgeschirrfutteral 1,80 Mk., Gliederjagetafche 2 Mk.

8. Bei der Firma Otto Sindel müssen die Arbeitnehmer die Seitenwehrtafchen selbst nieten, aufspannen und aufklopfen. Dafür zahlt die Firma 8 Pf. pro Taiche. Gegen diesen Preis haben die Arbeitnehmer als unzureichend Einspruch erhoben.

Eine Vertändigung kommt nicht zustande. Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung vertagt, um bis dahin Unterlagen über die Bezahlung und Verdienste in anderen Betrieben einzuholen.

9. Die Firma F. Cobau hat für Kabelleornister Nr. 1 vor dem 1. April insgesamt 6,80 Mk. bezahlt, obwohl der Tarifpreis nur 6,50 Mk. vorliegt. Die 30 Pf. Mehrbezahlung bildete die Vergütung für eine in der Klappe anzubringende Vorrichtung zum Befestigen eines Hammers. Im neuen Tarif wurde für diese Kabelleornister der alte Preis von 6,50 Mk. übernommen, weil der Kommission bei Festsetzung der Stückpreise für den neuen Tarif diese Abänderung nicht bekannt war. In der letzten Sitzung des Tarifamtes konnte eine Einigung über diese Differenz nicht erzielt werden, und Herr Cobau zahlte ab 1. April nicht mehr wie bisher 6,80 Mk., sondern nur noch 6,50 Mk. pro Tornister. Der Tornister wird aber bei Cobau in Teilarbeit angefertigt, und Herr Cobau zahlt die 30 Pf. den Kastenmachern ab, die gar nichts mit der Neueinrichtung der Klappe zu tun haben. Dagegen haben die Arbeiter Einspruch erhoben unter Berufung, daß sie bei dem gleichen Tarifpreis vor dem 1. April nicht mehr Arbeit zu leisten hatten wie nach dem 1. April. Will Herr Cobau für die Neueinrichtung nichts zahlen, muß er es von den Arbeitern umsonst verlangen, die diese Arbeit machen.

Herr Cobau ist nicht erschienen. In einem Schreiben bringt er zum Ausdruck, daß er der Schlichtungskommission die Kompetenz in der Sache bestreitet und demzufolge ablehnt, zur Verhandlung zu kommen.

Von Herrn Schulze wird gegen dieses Verhalten entschieden Protest erhoben. Da Herrn Cobau eine genau differenzierte Klagechrift zugegangen ist, in der ausdrücklich herangezogen ist, daß wir uns nur gegen die Benachteiligung derjenigen Arbeiter wenden, die gar nichts mit dem Streitobjekt zu tun haben, so ist Herr Cobau verpflichtet, den Termin wahrzunehmen. Herr Cobau hat willkürlich die Verhandlung heute unmöglich gemacht, demzufolge hat er mindestens die Kosten der anwesenden Vertretung der Tornistermacher zu tragen.

Die Schlichtungskommission beschließt Vertagung der Angelegenheit und spricht dem anwesenden Tornistermacher 1 1/2 Stunden Zeitentschädigung auf Kosten des Herrn Cobau zu.

10. Bei der Firma G. Reinhardt werden Maschinengewehrbezüge 08/15 angefertigt, für die die Schlichtungskommission bereits in der 30. Sitzung vom 31. Mai 1917 den entsprechenden Stückpreis festgesetzt hat. Herr Reinhardt betrachtet diesen Artikel als Konfektionsarbeit und verweigerte den Maschinenherinnerin Kriegszuschlag und Teuerungszulage. Dagegen wurde von den Arbeitnehmern Einspruch erhoben.

Nachdem festgestellt ist, daß dieser Artikel nicht unter die Konfektionsarbeit entfällt, erklärt sich Herr Reinhardt zur Zahlung und Nachzahlung der Zuschläge bereit.

11. In Anwesenheit der für die Korbfabrikation am meisten interessierten Fabrikanten wird erneut über den angemessenen Stückpreis für die neuen Feldpatronenkorbe (Drillingkorbe mit angebundenem Kartuschkorb) verhandelt. Der Preis für diesen Korb wird ausschließlich nieten auf 1,05 Mk. festgesetzt.

Korrespondenzen.

11m. (C. 6. 7.) Am 28. Juni tagte im Gewerkschaftshaus „Gohentwoel“ unsere Monatsversammlung. Bei Erlebung örtlicher Angelegenheiten wurde von der Kollegenschaft lebhaft Lage geführt über die immer mehr und mehr sich steigenden Teuerungsbeträufnisse, mit denen die jetzigen Löhne keineswegs in Einklang stehen. Die jetzige Teuerungszulage sei gänzlich unzulänglich. Im Verlauf der Debatte wurde aus der Mitte der Versammlung folgender Antrag eingebracht:

„Der Zentralvorstand resp. die Zentraltarifkommission wolle in aller Wäbe mit den Arbeitgeberverbänden in Verhandlungen treten zwecks Erhöhung der jetzigen Teuerungszulage um wenigstens die Hälfte des gegenwärtigen Betrages.“ Gründe: Durch die Erhöhung der Preise für Brotfrüchte trifft uns eine Verteuerung des Brotpreises um 7 bis 8 Pf. pro Pfund, selbst wenn die Frühbruschprämie vom Reich ersetzt wird. Aber nicht nur die Brotfrüchte, sondern auch Gaser, Gerste- und andere Futtermittelpreise werden sehr wesentlich erhöht zum Nutzen der Agrarier, während uns dadurch die Gaser- und Gerstpräparate als Nahrungsmittel stark verteuert werden. Dazu kommt noch eine Erhöhung der Fleischpreise, welche außerdem auf Milch, Butter und Käse wiederum verteuern wirken. Aus dem gleichen Grunde, wie die Regierung schon mehrere Monate vor der neuen Ernte die neuen Preise für die Landwirtschaft fürsorgerisch festgesetzt hat, sehen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufes gezwungen, schon jetzt mit ihrer Forderung an die Arbeitgeber heranzutreten, damit die Erhöhung der Teuerungszulage auch bis zum Eintritt der Preissteigerung in Kraft treten kann und wir nicht erst längere Zeit bis zu dieser Regelung noch bermeht dem Hunger ausgefetzt sind.“

Dieser Antrag wurde durch Beschluß der Versammlung unterstützt und wird hiermit der Zentralvorstand erucht, die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit einzuleiten.

Rundschau.

Klagen über die Handhabung des Kapitalabfindungsgehees. Als das sog. Kapitalabfindungsgehe, das den Kriegsbeschädigten und Kriegsinvalidebliebenen durch teilweise Ersetzung der Versorgungsrenten durch Kapitalzahlungen die Selbsthaltung ermöglichen sollte, vor nunmehr bald zwei Jahren zustande kam, wurde es in den Kreisen der Wohnungs- und Siedlungsreform mit großer Freude begrüßt. Man versprach sich von ihm außer seinem Nutzen für die Kriegsbeschädigten usw. eine starke Förderung gesunder, dezentralisierter Siedlungsweise im Kleinhäuser mit Garten. Jetzt aber werden aus diesen Kreisen lebhafteste Klagen über die bisher sehr geringfügige Wirkung des Gehees laut. Das mag zum Teil daran liegen, daß zur Zeit die Möglichkeit zu bauen fast ganz unterbunden ist. Aber es ist doch die Frage, ob nicht daneben auch die Handhabung des Gehees durch die ausführenden Behörden einen Teil der Schuld trägt und ob nicht gerade in Aufhebung des Umstandes, daß vorderrhand fast jede Neubautätigkeit ausgeschlossen ist, das Hauptaugenmerk für jetzt und die nächsten Jahre darauf zu richten wäre, durch die amtlichen Ausführungsbestimmungen wie durch die praktische Handhabung des Gehees bereits vorhandene Häuser den Zwecken des Gehees nutzbar zu machen. In der Mainnummer der „Mitteilungen des Hessen-Nassauischen Vereins für Kleinwohnwesen“ (Frankfurt a. M., Jordanstr. 19) finden sich einige sehr lehrreiche Beispiele aus der Praxis der Handhabung des Gehees eingehender dargelegt, aus denen man den Eindruck gewinnt, daß diese nicht selten den Bedürfnissen des praktischen Lebens und der dergestigen Lage nicht gerecht wird. Auf diese Weise kann aber das Gehe leicht statt zur Verteidigung und Aufriehung der Kriegsbeschädigten zu außerordentlicher Vertimmung und Verzögerung, ja Schädigung derselben führen. Die zuständigen Behörden nicht nur, sondern auch die Parlamente und die breitere Öffentlichkeit sollten daher dieser wichtigen Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Das Kriegsam gegen geheime Konkurrenzlaufen. Wie vor einiger Zeit bekannt wurde, haben 19 große Firmen der Berliner Eisenindustrie miteinander eine geheime Konkurrenzlauf verabredet, nach der keine von ihnen Angestellte einer anderen Firma engagieren sollte, solange diese in Stellung seien; erst nach längerer Karenzzeit sollte ihre Einstellung frei werden. Auf diese Weise wollte man es dem Angestellten unmöglich machen, durch einen Wechsel ihrer Stellung ein höheres Gehalt zu erlangen.

Zahlreiche Angestelltverbände haben gegen diese Abrede scharfen Widerspruch erhoben und sich beschwerdeführend an das Kriegsam gewandt. Dieses hat jetzt entschieden, daß solche Vereinbarungen, wenn sie das Fortkommen der Arbeitnehmer in unbilliger Weise erschweren und mit den Bestimmungen und dem Geist des Hilfsdienstgehees in Widerspruch stehen, vom Kriegsam nicht gebilligt werden können.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Am 1. Juli 1918 beträgt der wöchentliche Beitrag in Dresden 1,00 Mk. für männliche und 60 Pfg. für weibliche Mitglieder; in Nürnberg 95 Pfg. bezw. 55 Pfg. Der Vorstand.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:

- Friedrich Riethammer, Stuttgart, 25 Jahre alt.
- Julius Kolesch, Stuttgart, 22 Jahre alt.
- Hermann Rees, Stuttgart, 22 Jahre alt, zuletzt in Ufm in Arbeit.
- Friedrich Sangenbacher, Stuttgart, 27 Jahre alt, zuletzt in Wien in Arbeit.

Elberfeld. Am 13. Juni verstarb unser Mitglied Heinrich Greens im Alter von 54 Jahren. Durch eine Fliegerbombe wurde unser Mitglied Paul Gummersbach, 19 Jahre alt, getötet.

Posen. Verstorben sind unsere Mitglieder May Brendler, 30 Jahre alt, und Alex Czypicki, 56 Jahre alt.

Kiel. Am 28. Juni verstarb am Herzschlag unser Mitglied W. Müller im Alter von 84 J.

Stuttgart. Am 6. Juni verstarb unser Mitglied Sofie Arnold im Alter von 19 Jahren.

München. Am 27. Juni starb unser Mitglied Joseph Bettendorfer im Alter von 65 Jahren Ehre ihrem Andenken!

Verband der Sattler und Portefeuller, Ortsverwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 17. Juli 1918, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1918.
3. Ist die Abhaltung eines Verbandstages notwendig geworden?
4. Verschiedenes.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte oder des Mitgliedsbuches gestattet.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin, V. a. G.

Verwaltungsstelle Berlin.

Mitglieder-Versammlung

Sonnabend, den 20. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr im Kassenlokal, Kommandantenstr. 80, Restaurant G. & L. a. u. c.

Tagesordnung:

1. Halbjährlicher Kassenbericht.
2. Innere Kassenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Wir suchen eine große Anzahl **Sattler und Sattlerinnen** auf Tornister und Geschirre. Die Arbeit hält länger an. **C. Leschen & Co.** Fabrik für Militär-Lederausrüstung Eöln-Nippes, Geldernstraße 46.

Prima Lederschwärze

liefert **Chemische Fabrik Köthen, Köthen-Anhalt.**

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.** Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franko.

Wer liefert **Maulkörbe D. u. C.?** Borehardi, Berlin SO. 26, Nauynstraße 2.

Adressenverzeichnis des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

Verbandsbureau: Berlin SO. 16, Brüdenstr. 10b.

Zentralvorstand: P. Blum, Vorsitzender, Alfred Niesel, Kassierer, Berlin, Brüdenstr. 10b.

Ausschuß: Hermann Wolf, Neufölln, Emser Str. 47. **Sattler- und Portefeuller-Zeitung:** Redaktion S. Weinschild, Berlin, Brüdenstr. 10b.

Gauleiter:

Elberfeld. C. Schneider, Barmen, Humboldtstraße 22 II.

Leipzig. S. Busch, Leipzig, Zeißer Str. 32.

Nürnberg. A. Schramm, Nürnberg, Spohrstr. 16.

Offenbach. R. Höf, Offenbach a. M., Auftr. 9.

Stuttgart. J. Hg, Stuttgart, Boheimstr. 110.

Verwaltungsstellen:

(1. Adresse Vorsitzender, 2. Adresse Kassierer.)

Ansbach. P. Fiedler, Platenstr. 6.

Arnstadt i. Th. Alf. Eichner, Ohndruserstr. 13, Emma Hartung, Baumannstr. 7 III.

Augsburg. Joh. Furtmayer, Willenstr. 3 II.

Bamberg. M. Hofmann, Judengasse 5.

Baun. S. Winkler, Neufalser Str. 20, L. Sonnenburg, Wiltshener Str. 40 III.

Bayreuth. J. Neufam, Lohbedstr. 7.

Berlin. Verbandsbureau Engelufer 15, Zimmer 28.

Bielefeld. J. Käfer, Rabensberger Str. 27, Emil Müller, Bornbaumstr. 16.

Bonn. W. Schmidt, Dorotheenstr. 25 I.

Brandenburg a. H. R. Bellin, Wilhelmsdorfer Straße 42, R. Grühle, Brielower Str. 46.

Braunschweig. G. Paul, Hermannstr. 5, R. Schwibsky, Madamenweg 165.

Bremen. A. Schäning, Bremen-Hastedt, Hollunderstraße 48, H. Alberding, Wartburgstr. 13.

Breslau. P. Heiber, Lewaldstr. 15, S. Krinke, Viktoriast. 37 IV.

Brieg b. Breslau. M. Materne, Schüßeldorfer Straße 15, Berthold Richter, Neuhäuserstr. 18.

Bromberg. F. Jewinsky, Rinkauer Str. 42.

Chemnitz. G. Emmerich, Chemnitz, Annabergstr. 143, R. Ludwig, Talstr. 8.

Cöthen. R. Schröder, Feldstr. 18, O. Schauerhammer, Zimmerstr. 26.

Crefeld. Paul Carie, Lützenstr. 73.

Danzig. W. Lange, Breitagasse 117, W. Kuligowski, Gr. Schwalbenegasse 31.

Dresden. Verbandsbureau, Schützenplatz 20 III.

Düsseldorf. R. Reinhard, Kronenstr. 37, F. Engler, Madener Str. 35.

Eisenach. O. Schneider, Mühlgäuser Straße, W. Schäfer, Sophienstr. 15 I.

Eisleben. M. Haeferhorn, Hallische Str. 68.

Elberfeld. A. Jähler, Kieselstr. 39 II, G. Leupelt, Gesundheitsstr. 59.

Erfurt. A. Sauerbrech, Poststr. 26, S. Friedrichsen, Nettelbedufer 4 I.

Erlangen. R. Friedrich, Hauptstr. 66, J. Schem, Feldstr. 3, G. Schmidt, Engelstr. 14.

Essen a. M. Paul Meyer, Essen-Altenessen, Karstr. 18, H. Klein, Mathiasstr. 17.

Frankfurt a. M. Verbandsbureau, Stolzestr. 13, Zimmer 26. Nur abends.

Freiberg i. S. P. Rohlmorgen, Silberhofferstr. 4, II. E. Morgenstern, Kirchgasse 14 II.

Fürstenwalde. F. Koch, Reischendorf b. F., Bahnhofstraße, Otto Karraz, Langewiehl b. F., Golmstraße.

Gera-N. F. Kluge, Liebestr. 14, D. Körner, Reichstraße 47.

Gera-S.-G. F. Günther, Lagerhalter, Karl Kümmerling, Porzellandreher.

Hogau. J. Klapper, Al. Oberstr. 2.

Hörsing. A. Rajouz, Reißstr. 20, B. Walter, Prager Straße 106.

Grünberg i. Schl. R. Römig, Ackerstr. 15.

Hagen i. W. Wilh. Zertweis, Herdecke, Wetterstr. 45.

Halle a. S. Gotthold Dietrich, Merseburger Str. 96, F. Kettig, Königstr. 23.

Hamburg. M. Müller, H. 19, Bismardstr. 89a II, A. Holzjämper, Telemannstr. 58 I.

Hameln i. W. J. Neelen, Zehnhoferstr. 2.

Hannover. M. Sohns, Arndtstr. 11, Stefan Widowial, Kambergstr. 39 IV.

Heilbronn. Karl Schach, Sichererstr. 23.

Hilbesheim. B. F. Henkschel, Lennisstr. 33 pt., K.: Chr. Menze, Peinerlandstr. 57.

Hof i. S. S. Schmid, Graben 13.

Hunfing bei Dieringhausen. G. Buchkremer, Hunfing, Ernst Jiff, Bünghausen bei Dieringhausen (Mhl.).

Jena. P. Simon, Am Röhmen 5, C. Hade, Jena-Ost, Golmsdorfer Str. 6 II.

Kaiserlautern. R. Emig, Gasstr. 41, M. Wollenberg, Fabrikstr. 10.

Karlruhe. F. Stoll, Rudolphstr. 24, M. Schuy, Schützenstr. 91 III.

Kassel. H. Weitztropf, Weferstr. 15 1/2.

Kiel. O. Wiese, Lerchenstr. 11, G. Rehahn, Knopper Weg 165 III.

Köln a. Rh. Karl Richter, Ehrenfeld, Liebigstr. 151 I, Josef Benz, Köln-Ehrenfeld, Sommeringstr. 59 I.

Königsberg i. Pr. E. Goltshalt, Tragheimer Kirchenstraße 57 S., Rudolf Bewer, Sachheimer Mittelstraße 3 III.

Konstanz. J. Hüffer, Falkengasse 5, Karl Nagel, Uhländstr. 5 II.

Köslin i. P. A. Heidemann, Holzmarkt 2.

Leipzig. Verbandsbureau, Zeißer Str. 32, Volkshaus.

Liegnitz. J. Warthel, Burgstr. 19.

Magdeburg. R. Krull, Kirchstr. 5, Franz Keller, Gr. Zunkerstr. 15a.

Mannheim. P. Kluge, M.-Waldhof, Waldstr. 45, L. Kenner, M.-Waldhof, Untere Niedstr. 50.

Mainz. C. Messerschmidt, Vorderer Schafsgasse 12, Karl Guver, Hallbergstr. 10.

Mülheim-Muhr. B. Rommel, Essen-Muhr, Berliner Straße 138, W. Müller, Brückstr. 11.

Mühlberg a. Elbe. Henriette Hauschild, Gainsstr. 31, Ernst Angermann, Liebenwerda, Breitestraße.

Mühlhausen i. Th. Frz. Müller, Petrissteinweg 15.

München. Hans Röhner, Parkstr. 28, M. Ebeling, Schwindstr. 7 II.

Münster i. W. R. Lüthmann, R. Simon, beide Wilhelmstr. 47.

Niederschlesien i. S. M. Pape, Schneeberg i. S., Georgenplatz 525.

Nordhausen. Karl Selbig, Wolfstr. 13, Aug. Friedrich, Sandstr. 23.

Nürnberg. Aug. Schramm, Spohrstr. 16 I.

Oberneufkirch a. L. A. Lehmann Nr. 4.

Offenbach a. M. und Offenbacher Industriebezirk. Verbandsbureau, Auftr. 9.

Posen. A. Godziewski, Lützenstr. 21, C. Orlikowski, Benettianerstr. 7.

Potsdam. E. Dittrich, Neuer Markt 2, F. Kühne, Jägerallee 15.

Rathenow. Fr. Wegener, Hagenstr. 4.

Reimscheid. C. Heine, Nordstr. 63, Frau Wegel, Kirchstr. 6 (Metallarbeiterverband).

Reutlingen. Frd. Müller, Urbachstr. 24.

Rostock. S. Thum, Fischerstr. 48.

Rothenburg a. T. Fr. Wimmerlein, Würzburger Straße 586.

Rüfelsheim. W. Ernst, Weijenauer Str. 46, R. Samstag, Engelhardstr. 3.

Solingen. F. Baltes, Kronenstr. 34, P. Galfmann, Roonstr. 21.

Sonneberg S.-M. A. Steinert, Linderhof 152, Emilie Greiner, Wehd 1.

Stralsund. R. Koch, Bei der Heiliggeistkirche 7.

Stettin. Joh. Kudla, Warjower Str. 89, N. Weise, Rabelsdorfer Str. 30.

Sträßburg i. C. G. Felme, Dieberstr. 1, J. Nausscher, Ragenederstraße 9.

Striegau. Hermann Wente, Wilhelmstr. 35.

Stuttgart. S. Hahn, Forststr. 130 III, W. Weller, Wogaststr. 46 pt.

Uetersen. W. Schmidt, Am See 41.

Ulm a. D. J. Aucz, Neu-Ulm, Friedenstr. 13, E. Frieder, Griesbadstr. 7.

Varel i. D. Fr. Nöjer, Holzbergstr. 2.

Weimar. S. Frenzel, Friesstr. 32.

Wismar. W. Arndt, Johannisstr. 3 II.

Zeitz. Ida Reichstein, Posner Str. 11, R. Müller, Posner Str. 11.

Zossen. S. Rindt, Rächst-Neuendorf bei Z., Neuendorfer Chaussee.

Zwidau i. S. Th. Reinhold, Mittelstr. 42 II.